

A large, stylized green wreath made of many pointed leaves, centered behind the main text.

MACHT DORSTEN STARK.

UNSER WAHLPROGRAMM FÜR DIE KOMMUNALWAHL 2025

INHALT

Präambel	4
1. Umwelt, Klima und Energie.....	6
2. Stadtentwicklung und Mobilität	8
Stadtentwicklung.....	8
Mobilität	10
3. Schule und Weiterbildung.....	12
4. Verwaltung und Finanzen	14
Verwaltungsorganisation	14
Kommunalfinanzen	15
5. Familie, Kinder- und Jugendhilfe.....	16
6. Wirtschaft und Handwerk.....	18
7. Soziales & Integration.....	20
8. Sport und Ehrenamt.....	22
9. Kultur, Freizeit und Tourismus	24
Kultur	24
Freizeit und Tourismus.....	24

PRÄAMBEL

Liebe Wählerinnen und Wähler!

Wir leben in bewegten Zeiten. Doch auch, wenn es Krisen und Veränderungen schon immer gab, meinen viele Menschen derzeit, dass diese weltweit und auch bei uns vor Ort immer größer werden. Gleichzeitig besteht oft der Eindruck, dass konkrete Lösungsansätze fehlen. Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, der Klimawandel, die Veränderungen in den USA: Die weltweite Lage gibt derzeit wenig Anlass, positiv in die Zukunft zu blicken. Auch in Deutschland gibt es Grund, sich ernsthaft Gedanken zu machen. Die marode Infrastruktur, die steigende Bedrohung durch Demokratiefeinde sowie die wirtschaftliche Lage sind nur einige der Aspekte, die derzeit vielen Bürger*innen Sorgen bereiten.

Dabei ist uns wichtig, eines festzuhalten: Wir alle müssen **jetzt für unsere Demokratie einstehen**. Demokratie ist anstrengend und manchmal auch langsam oder mühselig. Aber kein anderes politisches System ermöglicht es uns, dass wir alle in Frieden und Freiheit zusammenleben können. Unsere Demokratie zu verteidigen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe!

Am 14.09.2025 steht die Kommunalwahl an. Wie in ganz Nordrhein-Westfalen sind auch Sie, liebe Dorstenerinnen und Dorstener, dazu aufgerufen, an diesem Tag zur Wahl zu gehen. Angesichts der vielen globalen Krisen stellt sich auch für Sie sicherlich die Frage, welche Bedeutung die Wahl eines neuen Bürgermeisters und eines neuen Stadtrats hat. Wir geben zu: Die oben genannten Krisen lassen sich selbstverständlich nicht alleine auf kommunaler Ebene lösen. Aber wir müssen die von ihnen ausgehenden Folgen im Blick haben: Welche Perspektiven geben wir den Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebieten nach Dorsten fliehen? Mit welchen Maßnahmen können wir vor Ort die Folgen des Klimawandels abmildern und unsere Umwelt schützen? Wie kann sich eine Stadt wie Dorsten trotz Fachkräftemangels und schlechter finanzieller Ausstattung weiterentwickeln? Wie gelingt es uns, dass sich Kinder und Jugendliche in Dorsten wohlfühlen? Wie können wir ein vielfältiges kulturelles und touristisches Angebot in Dorsten gestalten?

Mit diesen und vielen weiteren Fragestellungen beschäftigt sich unser Stadtrat. In den letzten fünf Jahren hat unsere Fraktion viele wichtige Impulse geben und Themen wie den Umwelt- und Klimaschutz deutlich stärker in den Fokus der Stadtverwaltung rücken können. Diese Arbeit wollen wir auch nach der Kommunalwahl fortführen, denn Demokratie und Mitbestimmung beginnen vor Ort. Als Kommunalpolitiker*innen wollen wir gemeinsam mit Ihnen daran arbeiten, Dorsten in eine gute, gerechte und vielfältige Zukunft zu führen.

Wir freuen uns auf Ihre Anregungen und Fragen – sprechen Sie uns gerne an. Gemeinsam blicken wir zuversichtlich auf die kommenden fünf Jahre und bitten Sie um Ihr Vertrauen in unsere Arbeit

Im Namen des Ortsverbandes

Claas Römer und Kinga Krupa



1. UMWELT, KLIMA & ENERGIE

Auch in Dorsten ist die Klimakrise spürbar – Hitzesommer, Starkregen und zunehmende Trockenheit stellen uns vor neue Herausforderungen und brauchen konkrete Maßnahmen vor Ort. In den letzten fünf Jahren haben wir uns als Fraktion konsequent für mehr Umwelt- und Klimaschutz eingesetzt.

Dabei haben wir viele wichtige Themen angestoßen: Wir haben eine kommunale Wärmeplanung eingefordert, um die Energieversorgung in Dorsten zukunftsfähig, klimafreundlich und bezahlbar zu gestalten. Wir haben uns für ein eigenes Umweltdezernat stark gemacht, damit Umweltfragen nicht zwischen Zuständigkeiten verloren gehen. Mit der Forderung nach einer Verpackungssteuer wollten wir neue Wege gehen, um Müll zu vermeiden und Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen. Der von uns eingeforderte Bericht zum Umgang mit Extremwetterlagen sollte helfen, Dorsten besser auf Hitzewellen, Starkregen und Dürre vorzubereiten. Und: Wir haben uns kontinuierlich gegen illegale Schottergärten stark gemacht, denn jeder Quadratmeter Grün zählt. Auch beim Thema Einführung einer Baumschutzsatzung haben wir nie lockergelassen – mit wiederholten Sachstandsfragen und ganz konkreten Vorschlägen zur Ausgestaltung haben wir uns für den Erhalt von Stadtgrün eingesetzt und auf transparente Regelungen gedrängt.

Doch trotz all dieser Initiativen blieben viele Maßnahmen angesichts der absoluten Mehrheit der CDU im Rat stecken. Der politische Wille zur echten Umsetzung fehlt leider oft. Was es braucht? Mehr Mut zur Umsetzung. Weniger Zögern, mehr Handeln. Dorsten kann mehr – wenn man es politisch wirklich will.

IN DEN KOMMENDEN FÜNF JAHREN SETZEN WIR UNS FÜR DIE FOLGENDEN PUNKTE EIN:

Baumschutzsatzung endlich umsetzen: Wir bleiben dran – wir wollen eine wirksame Baumschutzsatzung mit klaren Regeln und Ausnahmen. Der Schutz von Stadtgrün muss endlich verbindlich geregelt werden.

Wasser sinnvoll managen: Regenwasser zurückhalten statt ableiten – wir fokussieren nachhaltige Regenwasserkonzepte sowie eine klare Strategie und neue Wege für die Abwasserbeseitigung zur Sicherung unserer Trinkwasserversorgung.

Erneuerbare Energien mit Plan vorantreiben: Ob Solar, Wind oder Geothermie –

wir wollen einen klaren Fahrplan für den Ausbau erneuerbarer Energien in Dorsten. Dafür braucht es bessere Rahmenbedingungen, kommunale Initiativen und echte Bürger*innenbeteiligung.

Netzplanung vorausschauend gestalten: Wir brauchen einen Überblick über die vorhandenen und geplanten Leitungsnetze (Gas, grüner Wasserstoff, Wärme) sowie die Stromspeicherung, um die Energieversorgung langfristig klimaneutral aufzustellen.

Artenschutz ernst nehmen: Der Schutz von Arten und Lebensräumen muss bei jeder Planung mitgedacht werden – ob bei Bauprojekten, Grünpflege oder der Entwicklung von Freiflächen.

Lärm und andere Emissionen reduzieren: Wir wollen aktiven Emissionsschutz durch klare Lärmschutzmaßnahmen, Einschränkungen für besonders belastende Nutzungen und die Förderung emissionsarmer Mobilität und Heizungssysteme.

Dorstens Naturschutzgebiete: Wir fordern die bessere Betreuung der Gebiete und die Stärkung der Kommunikation der Schutzziele an die Dorstener Bürger*innen.



2. STADTENTWICKLUNG UND MOBILITÄT

STADTENTWICKLUNG

Dorsten hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erheblich verändert. Den Strukturwandel haben wir als Stadtgesellschaft gut gemeistert. Angesichts der vielen Veränderungen und Herausforderungen bleibt es notwendig, nicht nur zu reagieren, sondern Dorstens Entwicklung mutig und kreativ mit Weitblick voranzutreiben.

In den letzten fünf Jahren haben wir Grünen uns vehement dem Flächenfraß und einer zunehmenden Versiegelung entgegengestellt. Auch für uns steht fest: Wir brauchen Entwicklungsflächen für Industrie, Gewerbe, Verkehr und Wohnraum. Doch die Versiegelung von bisher nicht bebauten Flächen ist vor allem aus Klimaschutzgründen nicht akzeptabel. Dorsten hat in den letzten Jahren deutlich mehr Flächen verbraucht als erforderlich. Ebenso hat sich der Wulfener Markt noch nicht zur Erfolgsgeschichte entwickelt. Im Umwelt- und Planungsausschuss haben wir deutlich gemacht, welche Folgen ein übereilter Komplettabriss hätte. Denn weiterhin ist unklar, wann und in welcher Form sich das Gelände überhaupt entwickeln wird.

Die Innenstadt hat sich durch das umfangreiche „Wir machen MITe“-Programm stark und weitgehend positiv entwickelt. Gleiches gilt für den Bahnhofsvorplatz. Um mehr Grün in die Altstadt zu bringen, wollen wir auch hier nachsteuern und die Aufenthaltsqualität weiter verbessern. So leisten wir einen wirksamen Beitrag zu einem gesunden Mikroklima. Dafür sollen die Entsiegelung von Flächen geprüft und durch Baumpflanzungen neue Beschattung ermöglicht werden.

IN DEN KOMMENDEN FÜNF JAHREN SETZEN WIR UNS FÜR DIE FOLGENDEN PUNKTE EIN:

Flächenfraß stoppen: Wir setzen auf die Verwendung von Gewerbe- und Industriebrachen und fordern die effiziente Nutzung bestehender Brachen.

Gesamte Stadt im Blick: Wenn es um neue städtebauliche Projekte geht, wollen wir stärker als bisher den Ausgleich aller Interessen im Blick haben. Mit uns wird es keine einseitigen Entscheidungen zugunsten der Wirtschaft geben. Wir wollen den

Fokus auf eine nachhaltige sowie klima- und umweltfreundliche Wirtschaft und Industrie setzen.

Innenstadtentwicklung: Der Einzelhandel wandelt sich. Wir setzen bei der Innenstadtentwicklung nicht allein auf diesen, sondern auch auf eine verbesserte Aufenthaltsqualität. Die Innenstadt soll attraktiv für Gastronomie, Kultur und Freizeit werden. Dafür wollen wir die notwendigen städtebaulichen Voraussetzungen schaffen.

Dorfentwicklung weiter vorantreiben: Die in Rhade und Lembeck bereits laufende Dorfentwicklung soll mit Beteiligung der Anwohner*innen auch in den anderen dörflichen Stadtteilen vorangetrieben werden.

Sanierung von Gebäuden und Quartieren: Gebäude sind so zu sanieren bzw. zu modernisieren, dass sie klimafreundlich werden – durch einen geringeren Energieverbrauch und die langfristige Versorgung mit erneuerbaren Energien.

Bezahlbarer Wohnraum: Wir fordern die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch Gemeinwohlorientierung statt Renditenmaximierung.

Ausbau von Stadtgrün: Wir setzen uns für den Erhalt und die Neupflanzung von Straßenbäumen ein, da sie zur Regulierung des Mikroklimas beitragen.

Mobile Baum- und Strauchcontainer: Zusätzlich setzen wir auf die Anschaffung von mobilen Baum- und Strauchcontainern, um Bereiche, in denen Bäume nicht gepflanzt werden können, temporär aufzuwerten.

Optimierung von Parkmöglichkeiten: Der Flächenverbrauch durch Parkplätze ist immens. Daher soll bei Neuanlagen vermehrt auf platzsparende Parkhäuser oder Tiefgaragen gesetzt werden und die Sicherheit von Radfahrer*innen sowie Fußgänger*innen mitgedacht werden.

Schutz der Hüfeldhalde: Wir möchten die Hüfeldhalde zu einem Naturraum und Naherholungsgebiet entwickeln. Aktuell besteht hingegen die Gefahr, dass die Halde in eine Giftmülldeponie umgewandelt wird. Wir fordern die zügige Klärung der bestehenden Unsicherheiten bezüglich der rechtlichen Lage und der Verantwortlichkeit der Stadtverwaltung für vergangene Fehler.

MOBILITÄT

Auch in Dorsten braucht es dringend eine Mobilitätswende! Mit dem Mobilitätsentwicklungsplan (MEP), der im vergangenen Jahr unter unserer Mitwirkung verabschiedet wurde, hat Dorsten endlich einen klaren Fahrplan hierfür entwickelt. In den nächsten Jahren wird es darum gehen, die wichtigsten Aufgaben und Ziele des MEP in die Tat umzusetzen.

In den letzten fünf Jahren haben wir uns im Umwelt- und Planungsausschuss und in der Ratskommission ‚Nachhaltige Mobilität‘ neben der Erarbeitung des Mobilitätsentwicklungsplans vor allem mit dem Ausbau von E-Ladesäulen, der Einführung weiterer Buslinien, dem barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen und der Steigerung der Attraktivität von Radwegen auseinandergesetzt. Dabei konnten wir immer wieder wichtige Akzente für die dringend notwendige Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer*innen setzen.

IN DEN KOMMENDEN FÜNF JAHREN SETZEN WIR UNS FÜR DIE FOLGENDEN PUNKTE EIN:

Umsetzung des Mobilitätsentwicklungsplans: Wir bestehen auf die Schaffung neuer und die Verbesserung der bisherigen Radwege, insbesondere zur besseren Anbindung der ländlich geprägten Stadtteile an die Stadt.

Kombinierte Geh- und Radwege: Eine Prüfung und Bewertung soll bestehenden Konflikten der kombinierten Wege, sowohl für die Radfahrer*innen als auch für Fußgänger*innen, lösen.

Kreisangehörige Städte verbinden: Gemeinsam mit dem Kreis Recklinghausen sollen Fahrradstraßen und Radrouten geschaffen werden, um die Städte im Kreis untereinander besser und sicherer erreichen zu können.

Verkehrssicherheit erhöhen: Wir fordern die Schaffung weiterer Zebrastreifen. Wo – wie in Tempo-30-Zonen – keine Zebrastreifen möglich sind, soll durch Fahrbahnmarkierungen und Randkennzeichnungen auf Fußgänger*innen hingewiesen werden. An Gefahren- und Unfallschwerpunkten setzen wir uns für Tempo 30 innerorts ein.

Öffentlicher Nahverkehr: Gemeinsam mit dem Kreis Recklinghausen wollen wir die Busverbindungen in umliegende Städte verbessern und die Taktung der Linien verdichten sowie aufeinander abstimmen. Den erfolgreichen Schnellbuslinien nach Oberhausen und Recklinghausen sollten weitere folgen.

Abstellmöglichkeiten für Fahrräder: Wir setzen uns für mehr sichere und jederzeit erreichbare Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an den Bahnhöfen und an anderen geeigneten Standorten (z.B. in der Fußgängerzone) innerhalb des Stadtgebietes ein.

Ausweitung der E-Mobilität: Wir fordern eine verstärkte Ausweitung bezahlbarer E-Ladesäulen. Des Weiteren sollen Lademöglichkeiten auch in den Parkhäusern angeboten werden.

Car-Sharing-System: Wir unterstützen die Einführung eines vom konkreten Bedarf abhängigen Car-Sharing-Systems.

Weniger Autoverkehr im Innenstadtbereich: Wir wollen unter Berücksichtigung der Interessen der Anwohner*innen den Autoverkehr in der Innenstadt einschränken und den Fuß- und Radverkehr attraktiver werden lassen.



3. SCHULE UND WEITERBILDUNG

Die Kommunalwahl ist eine Entscheidung für die Zukunft unserer Stadt. Bildung ist das Fundament einer starken und zukunftsorientierten Gemeinschaft. Unsere Kinder und Jugendlichen sind unser wertvollstes Kapital. Daher dürfen ihre Bildungschancen nicht vom Wohnort oder dem Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Die Schüler*innen müssen in der Schule auf ihre Zukunft vorbereitet werden. Es sollen ihnen Hilfen für ihren Weg in die Arbeitswelt bereitgestellt werden.

IN DEN KOMMENDEN FÜNF JAHREN SETZEN WIR UNS FÜR DIE FOLGENDEN PUNKTE EIN:

Digitalisierung: Wir fordern eine umfassende Digitalisierung unserer Schulen. Jedes Klassenzimmer muss mit moderner Technik ausgestattet sein, um zeitgemäßen Unterricht zu ermöglichen. Die Hardware muss zuverlässig und schnell gewartet, die Software regelmäßig aktualisiert werden.

Sanierung der Schulgebäude: Wir wollen die Sanierung und den Ausbau unserer Schulgebäude und -gelände vorantreiben, um eine lernfördernde Umgebung zu schaffen. Dies gilt besonders für die Anforderungen an inklusiven Unterricht.

Ganzttag: Wir fordern den Ausbau von Ganztagsangeboten, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Umwandlung von Bekenntnisschulen: Wir wollen die Grundschulen bei der Umwandlung der Bekenntnisschulen zu Gemeinschaftsschulen unterstützen. Das System der Bekenntnisschule ist nicht mehr zeitgemäß und kann zu einer Benachteiligung von Kindern, die nicht getauft sind, führen.

Lehrkräftefortbildung: Wir fordern Fort- und Weiterbildungsangebote im lokalen Umfeld, um die Qualität des Unterrichts kontinuierlich zu verbessern.

Multiprofessionelle Teams: Wir wollen die Schulen bei der Einstellung von Schulsozialarbeiter*innen und dem gerechten Einsatz von multiprofessionellen Fachkräften und Integrationshelfer*innen unterstützen.

Inklusion und Förderung: Wir setzen uns für eine inklusive Bildung ein, die jedem Kind die Möglichkeit gibt, sein volles Potenzial zu entfalten. Darüber hinaus wollen wir Angebote zur Förderung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen ausbauen.

Integration: Wir fordern die Ausweitung von Sprachförderprogrammen und Integrationsmaßnahmen.

Ausbau der Weiterbildungsangebote: Wir fordern eine stärkere Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen, um praxisnahe Weiterbildungsangebote zu schaffen. Wir unterstützen die Volkshochschule und andere Weiterbildungseinrichtungen, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Dabei sind ein vielfältiges Angebot und eine sozial gerechte Gebührenstruktur unerlässlich.

Verbesserung der Arbeitsbedingungen: Wir setzen uns für eine gute Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte in der VHS ein. Dabei muss die Stadtverwaltung die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz von Honorarkräften im Blick haben und rechtzeitig handeln.

Stärkung des Stadtarchivs: Wir wollen das Stadtarchiv in ein Zentrum für Stadtgeschichte und Demokratie weiterentwickeln. So sollen Stadtmuseum und ein Forum für Demokratie und demokratische Bildung unter einem Dach entstehen.



4. VERWALTUNG UND FINANZEN

VERWALTUNGSORGANISATION

Die Stadtverwaltung ist das Herzstück unserer kommunalen Daseinsfürsorge. Sie muss effizient, digital und vor allem bürger*innenfreundlich agieren. Nur so ist den großen Herausforderungen unserer Zeit, wie beispielsweise dem demografischen Wandel und dem Fachkräftemangel, zu begegnen. Wir setzen uns für eine Verwaltung ein, die die Lebensqualität aller Bürger*innen in Dorsten aktiv verbessert. Positiv erkennen wir an, dass die Stadtverwaltung erste Schritte hinsichtlich der Steigerung ihrer Attraktivität für qualifizierte und motivierte Mitarbeiter*innen in die Wege geleitet hat. Eine leistungsfähige Verwaltung ist Voraussetzung dafür, dass die Zusammenarbeit im Stadtrat Wirkung entfaltet und politische Beschlüsse auch tatsächlich umgesetzt werden können.

In den vergangenen fünf Jahren konnten wir uns mit sinnvollen Vorschlägen wie der Überarbeitung des unzureichenden Gleichstellungsplans mangels Unterstützung durch die anderen Fraktionen leider nicht stets durchsetzen. An unseren entsprechenden Forderungen halten wir nach wie vor fest

IN DEN KOMMENDEN FÜNF JAHREN SETZEN WIR UNS FÜR DIE FOLGENDEN PUNKTE EIN:

Städtische Zuständigkeiten: Die städtischen Zuständigkeiten und Anlaufstellen sollen für Bürger*innen transparenter zugänglich sein.

Digitalisierung der Verwaltung: Wir fordern eine Erweiterung des digitalen Angebotes und den Ausbau des Ratsinformationssystems für mehr Übersichtlichkeit und Bürger*innenfreundlichkeit. Interne Prozesse sollen durch den Einsatz moderner Software und Automatisierung von Routineaufgaben optimiert werden. Schrittweise soll die digitale Akte eingeführt werden. Langfristig soll eine Umsetzung von Open-Source-Infrastruktur und -Software geprüft werden.

Arbeitsbedingungen im Rathaus: Weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch bessere Betreuungsmöglichkeiten und durch Steigerung der Attraktivität der Dienstgebäude. Weiterhin soll die Besetzung leitender Stellen (vor allem im Verwaltungsvorstand) auch mit externen Bewerber*innen erfolgen.

KOMMUNALFINANZEN

Die Finanzverwaltung der Kommunen stellt den tragenden Rahmen der Kommunalpolitik dar. Jedes in diesem Wahlprogramm formulierte politische Ziel muss vom städtischen Haushalt getragen werden. Die finanzielle Situation der Stadt Dorsten ist stark von Land und Bund abhängig – insbesondere von deren gesetzlichen Vorgaben und der Höhe der finanziellen Zuweisungen. Im Vergleich mit anderen Kommunen gehört Dorsten weiterhin zu den finanziell schwächer ausgestatteten Städten. Beim Umgang mit den städtischen Finanzen und zugehörigen Entscheidungen setzen wir auf eine solide Haushaltsführung, transparente Entscheidungen und eine kluge Nutzung aller finanziellen Möglichkeiten. Wir wollen dabei Spielräume für Investitionen in Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Lebensqualität schaffen, ohne zukünftige Generationen überzubelasten. Auch die Einnahmemöglichkeit durch Windenergie muss stärker in den Fokus der Stadt rücken.

In den vergangenen fünf Jahren haben wir uns unter anderem für eine aus unserer Sicht gerechte und sinnvolle Einführung differenzierter Hebesätze bei der Grundsteuer eingesetzt – an dieser Forderung halten wir fest.

IN DEN KOMMENDEN FÜNF JAHREN SETZEN WIR UNS FÜR DIE FOLGENDEN PUNKTE EIN:

Kritische Haushaltsplankonzipierung: Wir fordern die Aufstellung von realistischen Haushaltplänen unter Berücksichtigung einer kritischen Ausgabenprüfung und einer klaren Definition von Prioritäten zur Vermeidung unnötiger Belastungen.

Zukunftsgerichteter Haushalt: Wir setzen uns für eine vorausschauende und anpassungsfähige Haushaltsplanung ein, um auf finanzielle Unwägbarkeiten schnell und verantwortungsvoll reagieren zu können.

Effektive Fördermittelstrategien: Die Akquise von sinnvollen Fördermitteln, besonders in den Bereichen Klimaschutz, Digitalisierung, soziale Infrastruktur sowie Mobilitätswende, soll verstärkt werden.

Sozial gerechte Gebührenpolitik: Es sollen keine unverhältnismäßig hohen Belastungen der Bürger*innen bei der Gebühren- und Ausgabenpolitik entstehen. Der Maßstab muss sozial gerecht sein.

Investitionen: Vorantreiben notwendiger Investitionen, insbesondere: Erhalt von Infrastruktur (Straßen, Brücken, Schulen, Kitas, Sportstätten) Klimaschutzmaßnahmen, Digitalisierung.

Transparenter Haushalt: Wir stärken die Transparenz bei Haushaltsentscheidungen, indem der städtische Haushalt allen Bürger*innen zugänglich und verständlich gemacht wird.

5. FAMILIE, KINDER- UND JUGENDHILFE

Familien, Kinder und Jugendliche brauchen verlässliche Strukturen. Eine gute Bildungs- und Betreuungslandschaft ist zur Ermöglichung von Chancengleichheit und sozialer Teilhabe entscheidend. Wir setzen uns für einen Ausbau der Angebote ein – bedarfsgerecht, flexibel und inklusiv.

In den letzten fünf Jahren haben wir die Debatte um das Kontraktmanagement im Jugendhilfebereich kritisch begleitet. Unser Ziel bleibt eine individuelle Einzelfallbeurteilung, wie sie in vielen Kommunen üblich ist. Die Kindertagespflege wurde durch politische Impulse gestärkt, muss aber weiterentwickelt werden. Sie leistet einen unverzichtbaren Beitrag in der Kinderbetreuung. Deshalb sollte die Absicherung und finanzielle Unterstützung von Kindertagespflegepersonen satzungsmäßig festgeschrieben werden.

IN DEN KOMMENDEN FÜNF JAHREN SETZEN WIR UNS FÜR DIE FOLGENDEN PUNKTE EIN:

Angebotserweiterung der Kinderbetreuung: Wir unterstützen einen bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung mit Fokus auf flexible Modelle (Randzeiten, Teilzeitplätze).

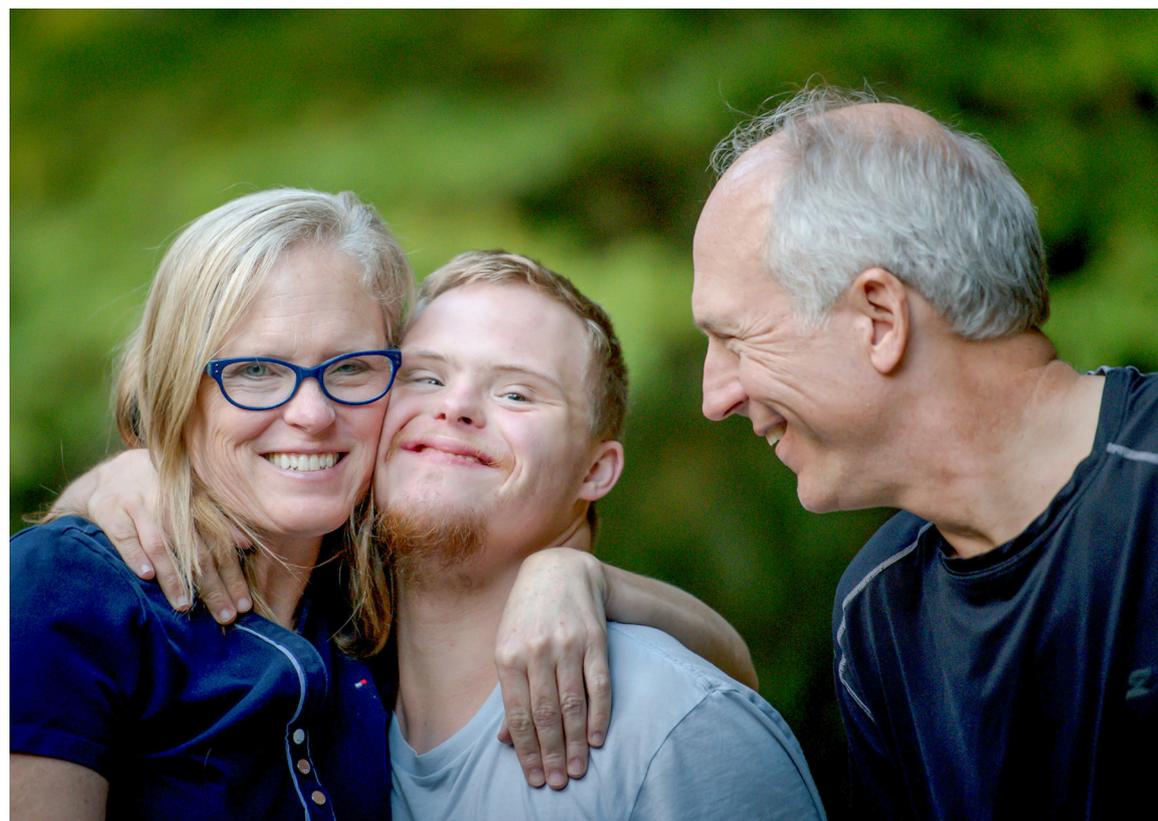
Fortbildungen für Fachkräfte: Wir fokussieren die Qualitätssicherung durch regelmäßige Fortbildungen und angemessene Rahmenbedingungen für Fachkräfte.

Treffpunkte für Bürger*innen: Zu unseren Zielen gehören auch die Sicherung und Weiterentwicklung von Kultur- und Freizeitangeboten, Jugendzentren wie dem Treffpunkt Altstadt oder dem LEO.

Für starke Kinder und Jugendliche: Wir setzen uns ein für den Ausbau aufsuchender Jugendarbeit, die Förderung von Teilnehmungsformaten für junge Menschen sowie die Stärkung des Kinderschutzes – unter anderem durch interdisziplinäre Strukturen und gezielte Unterstützung von Pflegefamilien.

Teilhabe ermöglichen – von Anfang an: Wir setzen uns ein für die Inklusion von Kindern mit Behinderungen und die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte durch gezielte Ansprache und individuelle Förderung. Gleichzeitig setzen wir uns für die Förderung der Sprachkompetenz, soziales Lernen und für politische Bildung durch Projekte in Schule und Freizeit ein.

Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt: Dorsten braucht eine starke Jugendhilfe, die auf Augenhöhe arbeitet, präventiv wirkt und die Lebensrealität junger Menschen ernst nimmt



6. WIRTSCHAFT & HANDWERK

Im Bereich Wirtschaft haben wir uns in den letzten fünf Jahren für konkrete Verbesserungen vor Ort eingesetzt und Projekte im Rat begleitet – mit einem klaren Blick auf soziale, ökologische und faire Rahmenbedingungen. Unsere differenzierte Haltung zu verkaufsoffenen Sonntagen ist klar: Wenn eine Veranstaltung im Mittelpunkt steht und Ladenöffnungen lediglich begleitend erfolgen, halten wir das für vertretbar – reine Sonntagsöffnungen zur Umsatzsteigerung lehnen wir hingegen ab.

Außerdem haben wir uns für Pfandringe an öffentlichen Mülleimern eingesetzt – ein wirkungsvoller Beitrag für mehr Recycling, soziale Teilhabe und eine saubere Stadt.

IN DEN KOMMENDEN FÜNF JAHREN SETZEN WIR UNS FÜR DIE FOLGENDEN PUNKTE EIN:

Gründungsberatung stärken – vor allem für Frauen: Wir wollen Gründungen in Dorsten besser begleiten – mit gezielter Beratung, lokalen Netzwerken und mehr Sichtbarkeit für Gründerinnen und soziale Innovationen.

Vielfalt bei Neugründungen fördern: Bei der Ansiedlung neuer Firmen soll weiterhin auf eine gute Durchmischung von Branchen geachtet werden, um in Krisenzeiten resilient zu bleiben.

Flächen klug vermarkten und nutzen: Städtische Gewerbeflächen sollen vorrangig auf bereits versiegelten Arealen entstehen. Dabei soll die Vermarktung ökologisch, fair und zukunftsorientiert sein. Betriebe, die Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigen und tarifgebunden sind, sollen bevorzugt werden.

Ausbildung stärken – Fachkräfte vor Ort sichern: Wir setzen uns für eine kommunale Ausbildungsoffensive ein. Dazu gehören Wohnheime für Auszubildende, mehr Praxisbezug und eine gute Infrastruktur rund um Berufsschulen und Betriebe. Nach dem vorläufigen Aus für den Azubi-Campus müssen Alternativen für eine Stärkung des Ausbildungsstandortes Dorsten gefunden werden.

Neue Arbeitsformen schaffen: Wir unterstützen die Entstehung von Co-Working- sowie Open-Work-Spaces und flexiblen Büroflächen, insbesondere für kleine Unternehmen, Solo-Selbstständige oder Start-ups.

Inklusion als wirtschaftliche Chance denken: Menschen mit Behinderungen oder besonderen Bedürfnissen müssen auf dem ersten Arbeitsmarkt fairere Chancen bekommen – durch gezielte Vermittlung, Beratung und inklusive Arbeitsplätze in städtischer Trägerschaft. Aber auch der zweite Arbeitsmarkt ist nicht nur von sozialer, sondern auch von wirtschaftspolitischer Bedeutung.

Fachkräftezuwanderung lokal unterstützen: Wir wollen, dass Dorsten sich aktiv um Fachkräfte bemüht – mit Beratungsangeboten, Willkommensstrukturen und einer Kultur der Offenheit.

Unternehmer*innenkreise fördern: Austauschformate für lokale Betriebe, Gründer*innen und Wirtschaftsförderung sollen gestärkt werden – für eine engere Zusammenarbeit und kreative Impulse aus der Stadt heraus.



7. SOZIALES & INTEGRATION

Für uns Grüne sind Inklusion, Diversität und soziale Gerechtigkeit die Grundvoraussetzungen für eine funktionierende, gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft. Eine Stadtgesellschaft lebt von einem respektvollen Miteinander und von Chancengleichheit. Dafür braucht es soziale Sicherheit, niederschwellige Zugänge zu Beratung und Teilhabe sowie konkrete Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung. Wir setzen uns dafür ein, dass niemand zurückgelassen wird – unabhängig von Herkunft und Lebensumständen.

In den vergangenen fünf Jahren sind wir die Fraktion im Rat der Stadt Dorsten gewesen, die sich intensiv und engagiert für soziale Belange eingesetzt hat. Unseren Antrag hat den Anschluss des Rates an den „Vestischen Appell“ ermöglicht – ein klares Bekenntnis zum sozialen Arbeitsmarkt und zu neuen Chancen für Langzeitarbeitslose. Wir haben zahlreiche Anträge und Anfragen eingebracht, um die soziale Gerechtigkeit konkret voranzubringen. So forderten wir unter anderem eine dezentrale und digitale Antragstellung sowie Beratung im Sozialamt und Jobcenter. Außerdem haben wir eine umfassende Berichterstattung zur Pflegebedarfsplanung angestoßen. In der Asylpolitik haben wir uns klar gegen die diskriminierende und unnötig bürokratische Bezahlkarte für Geflüchtete ausgesprochen. Zudem haben wir eine Aufwertung des bisherigen Integrationsrats zu einem Integrationsausschuss gefordert.

IN DEN KOMMENDEN FÜNF JAHREN SETZEN WIR UNS FÜR DIE FOLGENDEN PUNKTE EIN:

Beratung und Unterstützung stärken: Das Jobcenter und das Sozialamt führen vor allem Bundesrecht aus – dennoch können wir auf kommunaler Ebene Einfluss nehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass Beratung und Vermittlung auf Augenhöhe stattfinden. Für junge Arbeitssuchende sollen langfristige Perspektiven und Weiterbildung stärker im Fokus stehen. Förderprogramme wie „Dorsten Treff 2.0“ sind grundsätzlich sinnvoll, müssen aber dauerhaft und wirksam gestaltet werden.

Soziale Beratung in allen Stadtteilen: Wir fordern dauerhafte, wohnortnahe Anlaufstellen für soziale Beratung. Die digitale Antragstellung für Sozialleistungen soll über eine einheitliche Plattform einfacher, mehrsprachig und barrierefrei möglich sein.

Integration ermöglichen – mit echten Perspektiven: Geflüchtete Menschen, aber auch Menschen mit Migrationsgeschichte sollen schnell Zugang zu Sprachkursen, Bildung und Arbeit erhalten. Die Stadtverwaltung soll zivilgesellschaftliche Initiativen, die in der Geflüchtetenarbeit aktiv sind, gezielter unterstützen.

Installation eines Integrationsausschusses: Der bisherige Integrationsrat muss als Integrationsausschuss aufgewertet und strukturell in die politische Willensbildung eingebunden werden. Dazu braucht es eine stärkere Unterstützung durch die Verwaltung.

Pflege und Teilhabe: Die Pflegebedarfsplanung muss vorausschauend weiterentwickelt werden, damit ältere Menschen in Dorsten gut versorgt bleiben. Der Bedarf an Pflegeplätzen wird steigen – wir wollen frühzeitig reagieren. Dafür soll, unter Berücksichtigung unterschiedlicher Wohn- und Pflegeformen, die Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Kreis Recklinghausen Vorsorge treffen.

Unterstützung für pflegende Angehörige: Wir fokussieren die Unterstützung pflegender Angehöriger durch Beratung, Entlastungsangebote und tragfähige Netzwerke. Gleichzeitig setzen wir uns für barrierefreien Wohnraum, generationenübergreifende Wohnformen und quartiersnahe Versorgungsmodelle ein, um ein würdevolles Leben im Alter und den Erhalt sozialer Teilhabe zu ermöglichen.

Sicherung der medizinischen Versorgung: Im St. Elisabeth-Krankenhaus ebenso wie in den Fach- und Hausarztpraxen muss die Versorgung für alle Bürger*innen gesichert werden. Gerade in den ländlicheren Stadtteilen ist eine wohnortnahe Versorgung, insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen, unverzichtbar. Falls nötig, sollen Förderprogramme angestoßen werden.

Inklusive Stadtgesellschaft: Eine gleichberechtigte, selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist für uns Ausdruck gelebter Menschenwürde. Dafür braucht es barrierefreie öffentliche Gebäude, sichere Wege, inklusive Wohnangebote und einen inklusiven Arbeitsmarkt. Wir wollen die Zusammenarbeit mit Behindertenverbänden stärken, um die Erfahrungen und Perspektiven betroffener Menschen systematisch in die Planung einfließen zu lassen.

Menschenwürdige Unterbringung und Hilfe für Geflüchtete: Wir fordern die Abschaffung der Bezahlkarte für Geflüchtete. Sie bedeutet unnötige Kontrolle und einen hohen bürokratischen Aufwand. In Dorsten ist bisher kein signifikanter

Leistungsmissbrauch festgestellt worden, sodass die personellen und finanziellen Ressourcen stattdessen in gute Beratung und individueller Unterstützung investiert werden sollten. Ferner setzen wir uns für eine dezentrale Unterbringung statt anonymer Massenunterkünfte ein. Integration gelingt nur im Kontakt mit der Stadtgesellschaft. Zentrale Unterbringungseinrichtungen (ZUE) sollen nur der kurzfristigen Unterbringung von Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus dienen. Wir wollen den Dialog mit dem Land weiterführen, damit Verfahren zügig abgeschlossen werden. Zudem fordern wir erneut einen Beitritt der Stadt Dorsten zum Bündnis „Sicherer Hafen“.

8. SPORT UND EHRENAMT

Dorsten hat eine lebendige Vereinslandschaft. Das ehrenamtliche Engagement ist in Sport, Kultur und Gesellschaft tief verankert. Gleichzeitig zeigen sich neue Herausforderungen: Veränderte Lebensrealitäten, Ressourcenmangel und fehlende Nachwuchsgewinnung machen eine strategische Stärkung des Ehrenamts nötig. Sportangebote bieten nicht nur Bewegung, sondern auch soziale Bindung und Teilhabe. Doch viele Sportstätten sind sanierungsbedürftig und die Zugänge zu Sportangeboten sind noch nicht für alle gleich. Daher soll Sport zum integralen Teil der Stadtplanung werden.

IN DEN KOMMENDEN FÜNF JAHREN SETZEN WIR UNS FÜR DIE FOLGENDEN PUNKTE EIN:

Sanierung und Modernisierung der Sportstätten: Wir fordern barrierefreie, generationengerechte und nachhaltige Sportstätten sowie die Erweiterung der Sportpau-schale in Kooperation mit dem Sportsportverband.

Finanzierung des Tierheims sichern: Das Tierheim in Dorsten erfüllt bei der Aufnahme und Betreuung von Fundtieren eine enorm wichtige Aufgabe für die Stadt. Daher stehen wir für eine ausreichende, den Aufgaben, aber auch der finanziellen Lage der Stadt angemessene Finanzierung des Tierheims.

Engagement sichtbar machen, unterstützen und vernetzen: Wir setzen uns für eine starke Beteiligungs- und Ehrenamtskultur in Dorsten ein – in allen Stadtteilen

und für alle Generationen. Dazu gehört die gezielte Förderung nicht organisierter Ehrenamtlicher ebenso wie die Unterstützung ehrenamtlicher Veranstalter*innen durch die Schaffung von Räumen, Logistik und Öffentlichkeitsarbeit. Mit einem zentralen Büro für Bürger*innenengagement, Ehrenamt und Sport wollen wir Sichtbarkeit schaffen, Vernetzung ermöglichen und Strukturen stärken. Die Stadtteilkonferenzen und ein offenes Ideenformat sollen zusätzlich neue Formen der Beteiligung fördern.



9. KULTUR, FREIZEIT UND TOURISMUS

Kultur

Die Wahrung einer lebendigen und vielfältigen Kulturszene ist eine wichtige kommunale Aufgabe. Trotz finanziell und wirtschaftlich herausfordernder Zeiten dürfen Sparmaßnahmen nicht dazu führen, dass die kulturelle Landschaft unserer Stadt spürbar eingeschränkt wird. Dabei ist es Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sowohl organisierte als auch freie Künstler*innen den Raum und die Mittel erhalten, sich zu betätigen und einen wertvollen Beitrag für unsere Stadtgesellschaft zu leisten.

In den vergangenen fünf Jahren haben wir im Stadtrat daran mitgewirkt, dass die kulturelle Landschaft in unserer Stadt die schwierigen Jahre der Pandemie überstehen und sich weitestgehend von dieser erholen konnte. Das gute Zusammenspiel von Verwaltung, Politik und Kulturschaffenden hat dazu beigetragen, dass die Dorstener Kulturszene weiterhin lebendig und vielfältig ist. Wir haben durch unsere Arbeit im Ausschuss für Stadtmarketing, Kultur und Tourismus daran mitgewirkt, dass Sparmaßnahmen den kulturellen Bereich nicht unnötig stark belasten. Außerdem haben wir die Stadtagentur beauftragt, bei der Planung von Kulturveranstaltungen die gesellschaftliche Vielfalt stärker als bisher zu berücksichtigen

IN DEN KOMMENDEN FÜNF JAHREN SETZEN WIR UNS FÜR DIE FOLGENDEN PUNKTE EIN:

Finanzierung: Wir befürworten die Beibehaltung eines Kulturetats, der ganzjährig kulturelle Veranstaltungen möglich macht.

Stärkere Unterstützung von freien Künstler*innen: Die Förderung von Kleinkunst im öffentlichen Raum soll durch finanzielle Zuschüsse und durch gezielte Unterstützung bei Werbung, Organisation und Einhaltung von Sicherheitsauflagen gesichert werden.

Dorstener Kulturprogramm: Wir setzen uns für die Erarbeitung eines städtischen Kulturprogramms ein, welches alle Altersgruppen anspricht und die gesellschaftliche Vielfalt abbildet.

Weiterentwicklung der Stadtagentur: Wir setzen uns dafür ein, ein zentrales Portal als erste Anlaufstelle für Künstler*innen und Besucher*innen zu schaffen.

Förderung kultureller Institutionen: Wir fokussieren die Förderung kultureller Institutionen mit besonderer gesellschaftlicher Bedeutung wie etwa dem Jüdischen Museum.

FREIZEIT UND TOURISMUS

Die Relevanz des Tourismus ist auch in Dorsten nicht zu unterschätzen. Gerade weil es hier nicht den einen großen Anziehungspunkt gibt, der unsere Stadt über ihre Grenzen hinaus bekannt macht, müssen verschiedene touristische Aspekte, vom Freizeitbad bis zum Jüdischen Museum, von der Natur in der Hohen Mark bis zum Zechengelände, miteinander verknüpft werden. Uns ist dabei besonders wichtig, dass dies unter nachhaltigen und umweltfreundlichen Gesichtspunkten erfolgt. In den vergangenen fünf Jahren haben wir unter anderem das neue Tourismuskonzept der Stadt Dorsten begleitet. Die Stadt Dorsten setzt zu Recht darauf, verschiedene touristische Angebote miteinander zu verknüpfen – und zeigt sich so auch Besucher*innen, die nur wenige Tage oder Stunden bleiben, als das, was sie ist: vielseitig und lebendig.

IN DEN KOMMENDEN FÜNF JAHREN SETZEN WIR UNS FÜR DIE FOLGENDEN PUNKTE EIN:

Sichtbarkeit touristischen Angebotes: Wir setzen uns für eine stärkere Sichtbarkeit der kulturellen, gastronomischen und freizeitsportlichen Angebote in Dorsten ein – sowohl analog als auch digital. Dies soll durch klare, gut verständliche Informationen, die den Aufenthalt in unserer Stadt erleichtern, begleitet werden.

Netzwerke fördern: Eine stärkere Beteiligung an bereits existierenden Tourismusnetzwerken.

Stärkung des Freizeitbad Atlantis: Wir fordern die Erarbeitung einer sinnvollen und nachhaltigen Perspektive für das Freizeitbad Atlantis unter Berücksichtigung seiner Bedeutung für Dorsten und der finanziellen Risiken.

KI zur Vermeidung von Badeunfällen: Das Atlantis soll mit einem intelligenten Kamerasystem zur Erkennung von Badeunfällen ausgestattet werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DORSTEN

VERTRETEN DURCH DIE BEIDEN VORSTANDSSPRECHER*INNEN
KINGA KRUPA UND CLAAS RÖMER

HALTERNER STRASSE 28
46284 DORSTEN

E-MAIL: KONTAKT@GRUENE-DORSTEN.DE
INSTAGRAM: @GRUENE_DORSTEN

